

141. Bergedorfer Gesprächskreis

Russlands weltpolitische Verantwortung

24.–26. Oktober 2008, Moskau

ZUSAMMENFASSUNG DER DISKUSSION

Diese Zusammenfassung enthält die Punkte der Diskussion, die wir für den aktuellen politischen Diskurs als besonders relevant erachten. Sie gibt Teile der Diskussion, an der auch der Außenminister der Russischen Föderation Sergej Lawrow teilgenommen hat, wieder und ist naturgemäß selektiv. Eine redigierte und von den Teilnehmern autorisierte Fassung der gesamten Diskussion wird im 141. Bergedorfer Protokoll veröffentlicht.

I. Russland als globaler Akteur

Russische Teilnehmer betonten, dass Russland mit wachsender Stärke auch international mehr Verantwortung übernehmen wolle. Dies hieße, auf politischen und wirtschaftlichen Egoismus zu verzichten und als Teil einer »kollektiven Führerschaft« die Steuerbarkeit internationaler Prozesse zu erhöhen. Deswegen aber wolle Russland auch als gleichwertiger Partner anerkannt werden, dem kein übermäßiges Misstrauen entgegengebracht werde und von dem nicht grundsätzlich vorausgesetzt werde, immer die Gegenposition zu den USA einzunehmen. Ängste vor einem neuen Wettrüsten oder davor, Russland könne Gebietsansprüche gegenüber der Krim geltend machen, seien unbegründet. Russland habe keine geopolitischen Absichten, wohl aber privilegierte Interessen gegenüber seinen nächsten Nachbarn. Dies sei bei der EU genauso – sie vertrete in ihrer Nachbarschaftspolitik ihre privilegierten Interessen, was Russland auch akzeptieren würde.

II. Europäische Sicherheit

Eine neue europäische Sicherheitsarchitektur?

Die Teilnehmer waren sich uneinig darüber, ob die internationale Finanzmarktkrise und die Georgien-Krise eine völlige Neuordnung des internationalen Systems erfordere oder nicht. Sie waren sich jedoch einig, dass gemeinsame Anstrengungen unternommen werden müssten, um Instabilität und Krisen in Zukunft zu verhindern – strategische Einsamkeit sei keine Option. Die gegenwärtige europäische Sicherheitsarchitektur wurde von vielen in dieser Hinsicht als nicht ausreichend erachtet, u. a. weil sie Russland nicht einschloss. Die vorhandenen Strukturen kooperativer Sicherheit hätten zu wenige Erfolge gezeitigt. Von russischer Seite wurde deswegen der Vorschlag von Präsident Medwedew eines Vertrags über die euro-atlantische Sicherheit aufgegriffen, mit dessen Hilfe die Einheit der europäischen Zivilisation zwischen der EU, Russland



und den USA wiederhergestellt werden solle. An der neuen Sicherheitsarchitektur, die alle OSZE-Länder einschloße, sollten auch die NATO, die EU und die GUS beteiligt sein. Einige europäische Teilnehmer empfahlen der EU und den USA, dieses Angebot anzunehmen. Andere dagegen kritisierten, dass die Prinzipien des Vorschlags bereits bekannt seien, seine Umsetzung unklar und eine rechtsverbindliche Einheit zwischen Russland und der EU eine Illusion sei. Alternativ wurde vorgeschlagen, ein hochrangiges Format im Dreieck USA, EU und Russland einzurichten. Der Vorschlag eines russischen Teilnehmers, Russland und die EU sollten sich zu einem Bündnis zusammenschließen, um so den Machtzentren USA und China trotzen zu können, wurde von europäischer Seite abgelehnt.

Die Krise in Georgien und die *Frozen Conflicts*

Russische Teilnehmer machten die georgische Regierung für die Eskalation in Georgien verantwortlich. Die Krise habe gezeigt, dass Konflikte nicht mit Gewalt gelöst werden könnten, und sei Produkt lang andauernder Entwicklungen, die von der EU verschlafen worden seien. Gleichzeitig berge sie die Möglichkeit, das Verhältnis zur EU neu zu ordnen. Durch die Initiative von Präsident Sarkozy könne man sich nun der Stabilisierung der Region zuwenden. Andere Teilnehmer dagegen warfen Russland vor, Georgien eine Falle gestellt zu haben und forderten eine internationale Untersuchung des Vorfalls. Was die Lösung der *Frozen Conflicts* insgesamt betrifft, waren sich die Teilnehmer einig, dass die nötigen Formate zu ihrer Beilegung existierten. Ein Auftauen der Konflikte im positiven Sinne sei allerdings nur möglich, wenn gleichzeitig über europäische Sicherheit diskutiert würde. Der Status quo dieser Konflikte sei ein eigenständiges Problem, über das man sprechen müsse. Ein Teilnehmer warf ein, dass eine endgültige Lösung der *Frozen Conflicts* wenig realistisch sei und man deswegen eher darüber nachdenken solle, sie so zu regeln, dass ihr Eskalationspotenzial minimiert werde.

Russland und die NATO

Gegenüber der NATO wurde von russischer Seite gefordert, Russland wegen der Georgien-Krise nicht zu »bestrafen«, indem gemeinsame Aktivitäten wie z.B. der NATO-Russland-Rat auf Eis gelegt würden. Russland würde sich gerne auf die NATO als Partner verlassen können, die NATO aber würde momentan die internationale Situation eher destabilisieren. Eine NATO-Erweiterung sei für Russland eine existenzielle Bedrohung und Russland würde alles tun, sie zu verhindern. Europäische Teilnehmer stimmten zu, dass dort, wo sich westliche und russische Sicherheitsinteressen überschneiden, einseitige Schritte vermieden werden müssten. Die NATO müsse deswegen mit Russland über den Beitritt der Ukraine und Georgiens sprechen und unter Umständen auch Russland die NATO-Mitgliedschaft anbieten. Die Chance dazu habe es in den 1990er-Jahren gegeben, sie sei aber nicht genutzt worden.

III. Gemeinsame Handlungsoptionen gegenüber Iran, in Zentralasien und Afghanistan

Iran

Uneinigkeit herrschte über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Westen in der Iran-Frage: Während sie von den einen als Chance gesehen wurde, die gemeinsame Übernahme von Verantwortung zu demonstrieren, schätzten andere die gemeinsamen Handlungsoptionen als gering ein, da die strategischen Interessen zu unterschiedlich seien. Russland sende schon seit Langem andere Signale an Iran als der UN-Sicherheitsrat, vor allem was den Vorschlag einer Gas-OPEC betrifft, auch wenn dessen Umsetzung wenig realistisch sei. Einige Teilnehmer verlangten vom Westen einen Strategiewechsel gegenüber Iran. Statt zu fordern, die Urananreicherung einzustellen, solle eine strikte Kontrolle des Programms etabliert werden. Russland und der Westen müssten Iran gemeinsam klarmachen, dass die rote Linie dann überschritten sei, wenn Iran aus dem NVV-Vertrag aussteigt. Europa solle sich mit Russland koordinieren ohne auf die Zustimmung einer neuen US-Administration zu warten. Russische Teilnehmer forderten, dass kein Land in dieser oder anderen Fragen Alleingänge unternehmen solle und befürworteten direkte Gespräche zwischen Iran und den USA.

Zentralasien und Afghanistan

Als die größte Herausforderung in Zentralasien wurde nicht Energie, sondern Sicherheit identifiziert: Extremismus, Terrorismus und Drogenhandel würden die Region massiv destabilisieren. Gleichzeitig würde die Analphabetenrate zunehmen und große Teile der jungen Generation nach Russland abwandern. Teilnehmer aus Europa betonten, die EU wolle kein neues Great Game, sondern zur Stabilisierung der Region beitragen. Russland erkenne dies an und habe die EU-Präsenz von Anfang an unterstützt. Kooperationspotenzial zwischen Russland und der EU bestünde in Drogenfragen, Grenz- und Wassermanagement. Beim Thema Energie wurde gefordert, dass Zentralasien seine Energieexporte diversifizieren müsse. Ein Teilnehmer bemängelte, dass Russland und die EU die Staaten der Region nicht als Partner, sondern nur als Objekte ihrer Energieinteressen betrachteten. Die SCO wurde von den einen auf dem Weg zu einer politischen Organisation gesehen, andere argumentierten, Erwartungen an eine »eurasische NATO« seien übertrieben, weil die Interessen der SCO-Mitglieder zu verschieden seien. Von russischer Seite wurde gefordert, die EU solle sich nicht in die SCO einmischen. Im Hinblick auf Afghanistan bemängelten russische Teilnehmer, dass Russland seit der Konferenz von Tokio 2002 in Afghanistan marginalisiert worden sei. An einem Scheitern der NATO in Afghanistan habe Russland aber kein Interesse.

Impressum

Koordination Dr. Klaus Wehmeier, Dr. Thomas Paulsen
Redaktion Bernhard Müller-Härlin
Kontakt www.bergedorfer-gespraechskreis.de

Alle Rechte bleiben vorbehalten.

INITIATOR

Dr. Kurt A. Körber

VORSITZENDER

Dr. Richard von Weizsäcker
Bundespräsident a. D., Berlin

MODERATOR

Alexander Rahr
Programmdirektor, Russland/Eurasien Programm, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin

TEILNEHMER

Dr. Rudolf Adam
Gesandter, Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation, Moskau

S. E. Dr. Anatolij Adamischin
Präsident, Euroatlantische Assoziation, Moskau

MinDir Dr. Markus Ederer
Leiter, Planungsstab, Auswärtiges Amt, Berlin

Prof. Dr. Ruslan Grinberg
Direktor, Institut für Wirtschaft, Russische Akademie der Wissenschaften, Moskau

Eric Gujer
Auslandsredakteur, Neue Zürcher Zeitung, Zürich

Dr. Fiona Hill
National Intelligence Officer for Russia and Eurasia, National Security Council, Washington, D. C.

Prof. Dr. Sergej Karaganow
Vorsitzender des Präsidiums, Rat für Außen- und Sicherheitspolitik, Moskau

Dr. Andrej Klimow
Stellv. Vorsitzender, Auswärtiger Ausschuss, Staatsduma, Moskau

Hubert Knirsch
Büro, Bundespräsident a. D. Dr. Richard von Weizsäcker, Berlin

Stefan Kornelius
Leiter Außenpolitik, Süddeutsche Zeitung, München

Dr. Sergej Kulik
Direktor für internationale Entwicklungsprogramme, Institut für moderne Entwicklung, Moskau

S. E. Sergej Lawrow
Außenminister der Russischen Föderation, Moskau

Pierre Lévy
Leiter, Planungsstab, Außenministerium, Paris

S. E. Prof. Dr. Wasilij Lichatschew
Stellv. Vorsitzender, Auswärtiger Ausschuss, Föderationsrat der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation, Moskau

S. E. Dr. Hans-Dieter Lucas
Beauftragter für Osteuropa, Zentralasien, Kaukasus, Auswärtiges Amt, Berlin

David Merkel

Stellv. Abteilungsleiter für europäische und eurasische Angelegenheiten, U. S. Außenministerium, Washington, D. C.

S. E. Pierre Morel

Sonderbeauftragter der Europäischen Union für Zentralasien und die Krise in Georgien, Brüssel

Dr. Wjatscheslaw Nikonow

Vorsitzender, Ausschuss für internationale Zusammenarbeit und öffentliche Diplomatie, Zivilkammer der Russischen Föderation, Moskau

Gleb Pawlowskij

Präsident, Stiftung Effektive Politik, Moskau

Prof. Dr. Volker Perthes

Direktor, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Ruprecht Polenz, MdB

Vorsitzender, Auswärtiger Ausschuss, Deutscher Bundestag, Berlin

Alexander Rahr

Programmdirektor, Russland/Eurasien Programm, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin

Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld

Vorsitzender, Polnisch-Russische Arbeitsgruppe für schwierige Angelegenheiten, Warschau

Volker Rühle

Bundesverteidigungsminister a. D., Hamburg

Maxim Schewtschenko

Fernsehmoderator, TV-Sender ORT, Moskau

Helga Maria Schmid

Leiterin, Politischer Stab des Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Generalsekretär des Rates der Europäischen Union, Brüssel

S. E. Dr. Walter Jürgen Schmid

Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation, Moskau

Dr. Andreas Schockenhoff, MdB

Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Deutscher Bundestag, Berlin

Prof. Dr. Angela Stent

Direktorin, Center for Eurasian, Russian and East European Studies, Georgetown University, Washington, D. C.

Prof. Dr. Horst Teltschik

Ehem. Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, Rottach-Egern

Eckart von Klaeden, MdB

Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Deutscher Bundestag, Berlin

Dr. Richard von Weizsäcker

Bundespräsident a. D., Berlin

Ulrich Voswinckel

Vorsitzender des Stiftungsrates, Körper-Stiftung, Hamburg

Dr. Klaus Wehmeier

Stellv. Vorsitzender des Vorstandes, Körper-Stiftung, Hamburg